

2017 - März - Orient – Ereignisse aus der Türkei, Marokko und Saudi-Arabien

Bundesregierung fördert „Grüne Moscheen“ in Marokko

[Veröffentlicht am 24.03.2017 von jungefreiheit.de](#)

BERLIN. Mit fünf Millionen Euro finanziert die Bundesregierung die energietische Sanierung von Moscheen in Marokko. Das brachte die Aktion „Frühjahrsputz 2017“ des Bundes der Steuerzahler ans Tageslicht, mit der der Verband auf Steuerverschwendungen aufmerksam machen will.



Die As-Sunnah-Moschee in Rabat: Die erste Grüne Moschee Marokkos Foto: picture alliance / dpa

Bei dem Projekt „Grüne Moscheen“ subventioniert die deutsche Regierung in Kooperation mit dem marokkanischen Religionsministerium bis ins Jahr 2019 LEDs zur Beleuchtung, Photovoltaiksysteme und Solarthermie-Anlagen für die Warmwassererzeugung in den Gebetshäusern. „Daß die Steuerzahler in Deutschland für die Durchsetzung einer ‘grünen’ Ideologie im Ausland zusätzlich zur Kasse gebeten werden, darf nicht sein“, kritisierte der Steuerzahlerbund.

Der Bund fördert Öko-Tourismus in Albanien

Als weitere Förderprojekte im Ausland nennt er die Finanzierung eines Strohheizkraftwerks in Polen und die Förderung des Öko-Tourismus in Albanien. Weiter prangert der Verband die Subventionierung internationaler Serienproduktionen in Höhe von jährlich zehn Millionen Euro an. 525.000 Euro Staatsbeihilfe fließen in den deutschen Computerspielpreis und 725.000 in eine Internetplattform, die Öko-Kauftips gebe.

Auch die Förderung der Elektromobilität ist dem Präsidenten des Bunds der Steuerzahler, Reiner Holznagel, ein Dorn im Auge: „Wir meinen, es ist nicht im Sinne der Steuerzahler, 600 Millionen Euro mit Gewalt in den E-Automobilmarkt zu drücken“, sagte er dem Bayerischen Rundfunk. Die größten Verschwendungsposten sind laut Holznagel bei Subventionen, Verwaltungs- und Personalkosten, bei Zuwendungen an Stiftungen oder bei Sozialausgaben zu finden. Der Steuerzahlerbund sieht im aktuellen Haushalt ein Einsparpotential von 22 Milliarden Euro. Insgesamt beträgt der Etat für 2016 rund 317 Milliarden Euro. (tb)

+++

Politiker fordern Einreiseverbot für Erdogan

[Veröffentlicht am 01.02.2027 von jungefreiheit.de](#)

BERLIN: Politiker mehrerer Parteien fordern ein Einreiseverbot für den türkischen Präsidenten *Recep Tayyip Erdogan*. Anlaß ist die Inhaftierung des Welt-Reporters Deniz Yücel in der Türkei und ein geplanter Wahlkampfauftritt *Erdogans* in Deutschland vor dem Verfassungsreferendum am 16. April. Dabei soll das türkische Volk über die von Erdogan gewünschte Schaffung eines Präsidialsystems abstimmen.



Der türkische Präsident Erdogan - Foto: picture alliance / AA

- *„Ein Wahlkampfauftritt Erdogans in Deutschland kommt überhaupt nicht in Frage – erst recht nicht nach dem Fall Yücel“*, sagte CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl. Mit seiner *„autokratischen und antidemokratischen Politik“* und seinem umstrittenen Referendum für eine Präsidial-Diktatur treibe Erdogan die Türkei in den Ruin. Die Festnahme Yücel sei zudem *„unverhältnismäßig“*. Der Journalist müsse sofort freikommen.

Auch FDP und Linke für Einreiseverbot

Ähnlich äußerte sich FDP-Chef *Christian Lindner*. Deutschland und seine europäischen Partner sollten *„das Verhältnis zur Türkei neu bewerten“*, sagte er der Funke-Mediengruppe.

- *„Wenn die Regierung Erdogan nicht zu einem kooperativen Verhältnis und europäischen Werten zurückkehrt, sollte ihren Vertretern die Einreise zu öffentlichen Auftritten bei uns verwehrt werden.“*

Die Linken-Bundestagsabgeordnete *Sevim Dagdelen* forderte sogar Sanktionen.

- *„Die Bundesregierung muß ein Einreiseverbot für Erdogan und die türkische Regierung in Deutschland verhängen“*, sagte sie der *Bild-Zeitung*. Die Bundesregierung solle darüber hinaus auch *„Sanktionen gegen Erdogan und seinen Clan, wie etwa die Sperrung von Konten, prüfen“*. (tb)

+++

Saudi Arabien: Der „Frauenrat“ der Männer

von Martin Gehlen

[Veröffentlicht am 17.03.2017 von diepresse.com](#)

Bizarre Premiere im islamischen Land: Da wird in einer Provinz ein beratendes Gremium für Frauenthemen gebildet, und als es sich vorstellt, sieht man darin nur Männer.

Riad. Gut gemeint muss bekanntlich nicht immer automatisch gut gemacht bedeuten. Dies erfuhr dieser Tage Prinz Faisal bin Mishal bin Saud, Gouverneur der zentralsaudischen Provinz Qassim: Als erster höherer Politiker der islamisch-sittenstrengen Heimat des Propheten Mohammed proklamierte er einen regionalen „*Frauenrat*“, der die Anliegen der weiblichen Bevölkerung transportieren und voranbringen soll.



Wenn ein neu gegründetes Gremium für Frauenthemen nur als Männerverein in Erscheinung tritt, hat das schon was . . .
(c) REUTERS (FAHAD SHADEED)

Schließlich will sich die ultrakonservative Ölmonarchie angeblich gesellschaftlich modernisieren und sogar Frauen mehr Rechte geben, um diese endlich stärker am Arbeitsleben, und nicht nur am Konsumleben, zu beteiligen.

Was dann allerdings nun bei der Premiere des neuen Gremiums zu sehen war, sorgte in der Twitter-Welt des wüstenhaften 33-Millionen-Landes für reichlich Spott: Da saßen nämlich tatsächlich 13 Männer auf der Bühne, aber keine einzige Frau. Nicht, dass es in diesem Rat gar keine Frauen gäbe – aber diese blieben, wie im Land halt so üblich, unsichtbar in einem Nebenraum verwahrt und standen mit dem öffentlichkeitswirksamen Männergeschehen lediglich per Videolink in Verbindung.

„Männer geben sich als Frauen“

„*Satire? Komödie? Nein – das ist die Realität*“, schimpfte darauf eine Kommentatorin im Internet. „*Das ist wahrer Fortschritt: Zum ersten Mal geben sich Männer als Frauen*“, ätzte eine andere.

Die Posse zeigt, in welche Sackgasse sich das Königreich mit seiner strikten Scharia-Trennung der Geschlechter hineinmanövriert hat. Nicht nur in der *Provinz Qassim* (rund 1,5 Millionen Einwohner, Hauptstadt: Buraida), auch sonst wo im Alltag führt dies regelmäßig zu grotesken Situationen. Dass Frauen in diesem Staat etwa nicht Auto fahren dürfen, gehört mittlerweile zum globalen Allgemeinwissen. Als Kleidung sind ihnen körperlange dunkle Abayas und Kopftücher vorgeschrieben. Wer als Mann zum Essen in ein Privathaus eingeladen ist, wird in der Regel mit einem reich gedeckten Tisch empfangen, bekommt die Herrin des Hauses aber meist nicht zu Gesicht. Stattdessen werkelt der Hausherr, so gut er kann, an dem Braten herum. Erst wenn seine Gästerunde zum Kaffee ins Wohnzimmer umzieht, haben Ehefrau und Töchter wieder Zutritt, um den abgegessenen Tisch abzuräumen.

Ähnlich funktioniert jedes Restaurant im Land – selbst ein westlich-profanes wie ein McDonald's: Männer essen in einem schönen vorderen Bereich, ein kleinerer Trakt dahinter ist für Frauen und Ehepaare mit Kindern reserviert.

Mann/Frau lebt nebeneinander

Strikt getrennt lebt man auch an Schulen und Universitäten nebeneinander. Einzige Ausnahme ist die abgelegene König-Abdullah-Universität für Wissenschaft und

Technologie in *Thuwal* am Roten Meer nahe Mekka, die vor auswärtigen Besuchern wie ein Hochsicherheitsgefängnis abgeschottet wird. Die Verantwortlichen wollen die konservative Geistlichkeit nicht reizen mit Fotos von Studentinnen und Studenten, die gemeinsam im Hörsaal sitzen, in der Mensa essen oder auf dem Campus diskutieren.

Der im *Reformplan Vision 2030* ausgerufenen Aufschwung bei der Frauenbeschäftigung jedoch könnte die eisernen Regeln im Land lockern: Bisher arbeiten nur 22 Prozent der erwerbsfähigen Frauen, ein Minusrekord auf Erden, bis 2030 sollen es 30 Prozent sein. Dafür müssen Firmen ihre Räume umbauen, denn Frauen dürfen nur auf eigenen Fluren sitzen oder sind durch hohe Sichtblenden von ihren männlichen Arbeitskollegen getrennt.

Auch die Fahrt ins Büro ist ein Problem. Öffis sind fast unbekannt, sie sollen jetzt ausgebaut werden. Bis dahin müssen Frauen Tag für Tag von einem Mann gebracht und abgeholt werden, entweder vom Privatchauffeur, dem Ehepartner oder einem Taxi. Nicht zuletzt deshalb bekommt die Hauptstadt Riad derzeit für 20 Milliarden Euro eine neue Metro. Und als eines der wenigen staatlichen Megaprojekte fiel sie nicht dem Rotstift zum Opfer.

+++

Schweiz leitet Strafverfahren wegen Verdachts der Spionage von Türken ein

[Veröffentlicht am 24.03.2017 von EpochTimes](#)

- Es gebe "**konkrete**" Verdachtsmomente für ein Ausspionieren von Türken in der Schweiz durch einen "politischen Nachrichtendienst", bestätigte heute die Schweizer Bundesanwaltschaft.

Die Schweizer Bundesanwaltschaft hat ein Strafverfahren wegen des Verdachts eingeleitet, dass Mitglieder der türkischen Gemeinde ausspioniert worden sind.

Es gebe „konkrete“ Verdachtsmomente für ein Ausspionieren von Türken in der Schweiz durch einen „*politischen Nachrichtendienst*“, bestätigte die Bundesanwaltschaft am Freitag der Nachrichtenagentur AFP.



Symbolbild.- Foto: FABRICE COFFRINI/AFP/Getty Images

Demnach wurde das Verfahren bereits Mitte März eingeleitet, nachdem die Schweizer Regierung grünes Licht gegeben habe. Weitere Details zu den Ermittlungen und zu den betroffenen Organisationen und Menschen wollte die Behörde nicht machen.

Auch in Deutschland gibt es derzeit Vorwürfe der Spionage gegen Türken. Mehreren Imamen der Türkisch-Islamischen Union (Ditib) wird vorgeworfen, im Auftrag der

türkischen Regierung in Deutschland mutmaßliche Gegner von Präsident *Recep Tayyip Erdogan* ausspioniert zu haben. (afp)

+++

Türkischer Präsident verzweifelt? – Sofuoglu: „Erdogan hat große Angst, das Referendum zu verlieren“

[Veröffentlicht am 17.03.2017 von EpochTimes](#)

Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, *Gökay Sofuoglu*, hält die Attacken des türkischen Präsidenten *Recep Tayyip Erdogans* gegen Europa für ein Zeichen der Verzweiflung: „*Erdogan hat große Angst, das Referendum zu verlieren*“, sagte Sofuoglu der „*Heilbronner Stimme*“ (18.03.2017).



Riesiges Erdogan-Banner auf einem Wohnhaus in der Türkei.
Foto: Chris McGrath/Getty Images

Umfragen zeigten, dass das Nein-Lager derzeit tendenziell einen knappen Vorsprung habe.

„*Erdogan hat seine Wahlen bisher immer gewonnen, indem er Feindbilder geschürt hat*“, sagte Sofuoglu. „*Jetzt hat er Europa als neues Feindbild entdeckt*.“

Dass diese Strategie Erfolg habe, glaubt der Stuttgarter nicht. „*Mit den Nazi-Vergleichen und Ausfällen gegen Deutschland, die Niederlande oder Dänemark ist Erdogan viel zu weit gegangen*.“ Damit treffe er nicht die Stimmung unter den Türken – weder in Europa noch in der Türkei. „*Seine Strategie wird durchschaut*.“

Die türkische Gemeinde verfolge das Ziel, Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen. Deshalb sei es keine Frage gewesen, sich beim Referendum neutral zu verhalten. Die Nein-Kampagne gegen die Verfassungsänderung in Deutschland bestehe aus einer breiten Bewegung aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen: „*In der Öffentlichkeit hier werden vor allem die Veranstaltungen der AKP wahrgenommen*“, sagte Sofuoglu. „*Aber das Nein-Lager in Deutschland ist sehr stark*.“

Trotzdem versuche die AKP auch in Deutschland Druck auf die hier lebenden Türken auszuüben und Angst zu schüren.

- „*Gegner des Referendums werden als Vaterlandsverräter oder sogar Terroristen denunziert*“, klagte Sofuoglu. So hätten türkische Unternehmer und Akademiker in Deutschland Angst, sich öffentlich gegen das Referendum zu positionieren. Sie fürchteten wirtschaftlichen Konsequenzen in ihrer Heimat. (dts)

+++

Türkei:

Müssen die Deutschen lernen, sich zu unterwerfen?

Veröffentlicht am 03.03.2017 von JouWatch

- Die Reaktion der türkischen Herren auf die Gaggenauer Ausladung kam schnell und wurde in gewohnt drohender Form verfasst. Die „Welt“ vermeldet:

Nach dem geplatzten Auftritt des türkischen Justizministers in Baden-Württemberg hat Außenminister Mevlüt Cavusoglu Deutschland Doppelmoral vorgeworfen. Die Türkei könne die Geschehnisse in Gaggenau nicht hinnehmen, sagte Cavusoglu in Ankara. Wenn Deutschland die Beziehungen zur Türkei aufrechterhalten wolle, müsse es „lernen, sich zu benehmen“.

Die Türkei werde die Behandlung ansonsten „ohne Zögern mit allen Mitteln“ erwidern. „Dann müssen Sie an die Folgen denken.“ Welche Folgen das sein könnten, sagte er nicht.

Ferner warf er der Bundesregierung indirekt vor, das von Staats-

chef Recep Tayyip Erdogan angestrebte Präsidialsystem verhindern zu wollen. Berlin wolle keine Wahlkampfveranstaltungen zu der Verfassungsreform in Deutschland und keine „starke Türkei“, führte Cavusoglu fort...

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article162544052/Deutschland-muss-lernen-sich-zu-benehmen.html>

So reden sie nun mal die Islamfaschisten. Wer gegen ihre Diktatur ist, ist ihr Feind. Diese Antwort ist nichts anderes, als eine Forderung der Unterwerfung. Was anderes als erpressen können diese türkischen Bonzen wohl nicht und wer sich mit ihnen einlässt, muss einen langen Löffel haben.

- Mal schauen, wie tief sich Angela Merkel noch verbeugen wird.

+++

UNO wirft Türkei „massive Zerstörungen, Tötungen und zahlreiche andere schwere Menschenrechtsverletzungen“ im Kurdengebiet vor

Veröffentlicht am 10.03.2017 von EpochTimes

UN-Hochkommissariat für Menschenrechte sprach heute von 355.000 bis 500.000 Vertriebenen und 2000 getöteten Menschen durch türkische Sicherheitskräfte zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 im Kurdengebiet.

Die UNO hat der Türkei schwere Menschenrechtsverletzungen bei ihrem Vorgehen gegen militante Kurden im Südosten des Landes vorgeworfen. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte sprach am Freitag von „massiven Zerstörungen, Tötungen und zahlreichen anderen schweren Menschenrechtsverletzungen“ durch



Foto: Wikipedia/ Von Foreign and Commonwealth Office – UK Foreign and Commonwealth Office, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org...>

türkische Sicherheitskräfte zwischen Juli 2015 und Dezember 2016. Im Sommer 2015 war eine vereinbarte Waffenruhe in der Region zerbrochen.

Das Hochkommissariat sprach von 355.000 bis 500.000 Vertriebenen aus der Region in dem Zeitraum. Bei dem Einsatz der Regierungskräfte wurden rund 2000 Menschen getötet, unter ihnen 800 Angehörige der Sicherheitskräfte und 1200 Zivilisten, wie die UNO in ihrem ersten Bericht zu dem Konflikt weiter ausführte.

Da dem Hochkommissariat von der Türkei nach UN-Angaben nicht erlaubt wurde, Vertreter in die Region zu schicken, erstellte es den Bericht auf der Basis von Satellitenaufnahmen zerstörter Ortschaften, Interviews von Opfern und Augenzeugen sowie Angaben von Nichtregierungsorganisationen.

Der Südosten der Türkei wird seit dem Scheitern der Waffenruhe regelmäßig von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und türkischen Sicherheitskräften erschüttert. (afp)

+++